

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 22 15. NOVEMBER 2015

*ewa kopacz verliert, gewinnt bald grzegorz schetyna? + wie nicht nur das zdf kaum ahnung von transeuropäischen parteien hat + herbert reul: keine britische rosinenpickerei + braune kolonnen in warschau und breslau + wie die evp zerbröckelt, gottlob steht ihre fraktion + auch in indien gilt nun greenpeace als polit-kriminell + jw: *vorwärts in die Vergangenheit"?*

Polen: Neue Regierung mit viel wirtschaftspolitischem Ehrgeiz Hoffnungen auf "weniger Kaczyński" haben getrogen, der 'Prezes' behielt viel Macht

Das Zimmer, in dem PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski die neue Regierung schnitzte, wäre mit fünf bis sieben Stühlen ausreichend möbliert gewesen. "Man" startete zunächst ohne Spitzenkandidatin Beata Szydlo, sie musste/wollte sich "erst mal" erholen. Dann verlautete das Banale: Allein Kaczynski sei es, der das Kabinett bestimme. Das große polnische Boulevard-Blatt FAKT hat spekuliert, Szydlo werde wohl nur ein halbes Jahr regieren dürfen. (zu Kaczynski: Er nannte sich früh (PiS)-**Prezes**, PiS-Präsident lehnt er ab.

Bald folgte ein Ringen zwischen bekannten Exponenten der ersten Kaczyński-Periode und später bei der PiS Zugereisten wie Jaroslaw Gowin. Besonders umstritten wie schon seit 1991: Antoni Macierewicz.

Dieser hatte damals delettantisch in Geheimakten gewühlt, Solidarność-Prominente beleidigt, Antisemitisches verbreitet und sogar vom *Prezes* Rügen erhalten. Beata Szydlo versprach den Wählern mehrfach, der Mann werde nicht mitregieren. Nun ist er Verteidigungsminister. In der Nato ist man not amused, mehr noch in Israel.

Zum reaktivierten alten Eisen der PiS zählt Justizminister Zbigniew Ziobro und vor allem Mariusz Kaminski, der Geheimdienstkoordinator wurde. Das Außenamt übernimmt Diplomat Witold Waszczykowski. Er war im Wahlkampf mit Polemik gegen Merkel (Flüchtlinge), Gabriel (North Stream 2) und Von der Leyen (Nato-Stützpunkte) aufgefallen. Vergessen! Denn der *Prezes* will ein "konstruktives" Verhältnis zur EU und betont, W. sei nicht Europaminister, sondern "zuständig für Moskau, USA und so weiter". Europaminister wurde Konrad Szymanski, überwiegend erfreulich. Wird später vorgestellt!

Es gibt drei Vizepremiere, darunter Gowin. Supermann für Wirtschaft wurde nach Querelen zwischen eher sozialen und mehr hartliberalen Kräften Vizepremier Morawiecki, bisher Chef der Bank BZ WBK. Zu seinem Superhaus gehören auch Staatsschutz, Energie, Meereswirtschaft. Die Gesamtzahl 21 statt bisher 17 Minister hat mit Ausgewogenheitsversuchen zu tun. Ganz vorsichtig: Es wurde kein voller Sieg des *Prezes*.

Der so bekannte wie solide Kommentator Aleksander Smolar sagte - enttäuscht wie auch viele Neuwähler - er habe gehofft, dass Beata Szydlo neue Wähler einer neuen Mitte motivieren könne. Kaczynski sei auf der harten Linie geblieben: "Die Mitte zählt nicht wirklich." Smolar rechnet mit einer Clique Macierewicz, Ziobro, Kaminski, Waszczykowski.

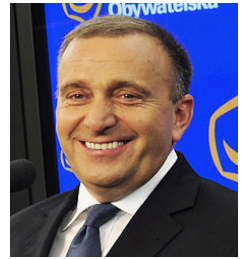
Tages des Wechsels: Kaczynski-Intimus Ryszard Terlecki wird PiS-Fraktionschef. Alterspräsident Kornel Morawiecki (Kukiz) fürchtet "Totalopposition der PO". Alle Seiten begrüßen Camerons EU-Reformprogramm. Ein starkes UK in der EU sei wichtig, "sonst werde Deutschlands Übergewicht noch schlimmer". Gemeinsamer Namensartikel der Polen-Botschafter aus D,F,GB zum Pariser Klimagipfel wird in der PiS als provokativ verurteilt. Energiepolitik bleibe "überwiegend national".

ContraSalon wird noch eingehen auf 1. Polen im Europäischen Parlament, 2. Die Zukunft der PO und ihres Personals, 3. Zukunft der Neu-Parteien Kukiz 15 und Nowoczesna. Heute daher nur Stichworte:

+ **Ewa Kopacz** verlor das Rennen um den Fraktionsvorsitz mit 72 gegen 94 (**Slawomir**

Neumann) und verliert weiter. Sowohl in PO wie PO-Fraktion. Ihr wird u.a. vorgeworfen, Iltkader der PO-Sejm-Fraktion verprellt zu haben, ferner ihr "Linkskurs" im Wahlkampf.

Gute polnische Freunde sind nun für **Grzegorz Juliusz Schetyna** (52, Breslau, [Foto r.](#)) als PO-Chef. Er ist positiv geschäftstüchtig und kann Organisation. Zum ersten Mal in der PO-Geschichte geht es (hoffentlich!) um eine (heute nicht vorhandene) **kampagnefähige PO-Parteiorganisation**.



+ Da die Linke wegrasiert wurde, könnte ein Teil der PO auf einer eher linken Gesamtformation setzen. Halten wir es bitte mit Schetyna, der alte und neue liberale und konservative Kräfte binden möchte. Interessant: Wird sich die total neue liberale Sejm-Fraktion an PiS herankoalieren ODER an eine ERNEUERTE PO? Dieses Problem könnte schon früh in Städten ernst werden.

+ UND DAS! Was kann, was soll die EVP-Fraktion pro und mit Polen unternehmen?

EVP EVP EVP EVP EVP EVP EVP EVP

Der nette Typ zur Rechten heißt **Stefan Leifert** und ist ZDF-Europakorrespondent. Ich kenne ihn nicht persönlich und muss über das urteilen, was er zeigt. Zum Beispiel aus **Madrid, wo vom 21. - 22. Oktober der 23. Kongress der "Europäischen Volkspartei" (EVP, Christdemokraten)** stattfand.



Kongress? Mal hieß es "EVP-Treffen", mal "Beratungen der Konservativen", mal waren z.B. bei Leifert Christdemokraten Konservative. Kein Blatt, kein Radio stellte die EVP jemals korrekt vor, fast alle verschwiegen die Namen ihres französischen

Präsidenten (**Joseph Daul**) und den des spanischen Generalsekretärs (**Antonio López-Istúriz**).

Unglaublich: Im Mittelpunkt standen nur Angela Merkel und der Ungar Viktor Orban. Dessen Ausschluss aus der EVP wurde schon vor seiner Flüchtlingspolitik hier und da gefordert. Nicht so einfach, denn seine supererfolgreiche Partei *Fidesz* will man halten.

Dass die Kanzlerin in der EVP stark war und ist, ergibt sich aus ihrer deutschen Stärke. Was sie in Madrid zu dem dort NACH der Flüchtlingskrise debattierten Programm sagte, erfuhr man nicht. Dass der immer noch in der CDU wenig bekannte David McAllister (45) EVP-Vizepräsident wurde (mit den meisten Stimmen bei 12 Kandidaten), soll angeblich Merkel bei ihren Beziehungen mit London nützen. Großtaten des Deutsch-Engländers im Europäischen Parlament sah ich nie.

Fortsetzung Seite +++

England/EU: EVP fürs Dabeibleiben, aber ohne Rosinenpickerei!



Bedrängt: Premier David Cameron

Zu den vom britischen Regierungschef David Cameron vorgebrachten Forderungen der britischen Regierung an eine Neuordnung der britischen Rolle in der EU sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, **Herbert Reul** (CDU): "Camerons Forderung, die Wettbewerbsfähigkeit der EU in den Mittelpunkt zu stellen, ist richtig. Daran müssen alle EU-Mitgliedstaaten ein Interesse haben, wenn wir nicht China oder Indien als Industriestandorte weiter aufwerten wollen. Auch der Zugang zu den nationalen Sozialsystemen muss präziser definiert werden, um Missbrauch zu vermeiden und Fehlanreize für Binnenmigration in der EU abzustellen. Dies ist auch ein Punkt, welcher

der EU insgesamt zugute kommt und die Akzeptanz der EU stärkt. Großbritannien hat bereits eine Sonderrolle, was die Ausnahme vom Euro angeht.

Für alle in der EU ist jetzt klar, dass es keine Diskriminierung zwischen Euro- und Nicht-Euroländern geben darf. Künftige mögliche Sonderwege Londons werden Gegenstand der Verhandlungen sein, die in Kürze anlaufen. Die Grundpfeiler Binnenmarkt und Freizügigkeit stehen dabei nicht zur Debatte, und eine **Rosinenpickerei à la carte wird es nicht geben**. Insgesamt bleibt eine Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU die beste Lösung zum beiderseitigen Nutzen."

KOMMENTAR ÜBERFLÜSSIG !

Zwei der acht Pariser Attentäter sind als "Flüchtlinge" über die Türkei und Insel Lesbos "gereist",

einer mit gefälschtem syrischem Pass. Wurden dann nach Deutschland und später Frankreich geschleust. Monatelang wurde genau diese große Gefahr kleingeredet. JW

WARSAU + Breslau: Rechtsradikale Märsche nehmen zu

Hat Polen zu lange weggesehen? Noch sind erst neun Faschisten im Sejm

**MARSZ PATRIOTÓW
11 LISTOPADA 2015**



Atroz = islamizm
**Godz. 17. Wrocław
Przed Dworcem Głównym**

**AUCH IN
BRESLAU!**

**links:
Plakat der
Breslauer
Neonazis
vom 11.11.**

**rechts:
Vorlage für
das linke
Plakat
aus dem
Jahr 1931**

**Zwischen-
zeile:
Contra
Islam!**



Zehntausend rechtsextreme Marschierer grölen "Polen, das sind wir!" und "Gott, Ehre, Vaterland". Viele sind verummumt. In das Meer der weiß-roten Nationalflaggen mischen sich die hakenkreuzähnlichen Banner neofaschistischer Gruppen. Auch rechtsradikale Fußball-Hooligans dabei. Montagnachmittag artet der "Marsch der Unabhängigkeit" am polnischen Nationalfeiertag wie in den Vorjahren in Straßenschlachten aus.

Zwischen 50 000 und 100 000 Marschierer :: Vor der Erlöserkirche setzen sie eine Skulptur in den Regenbogenfarben der Homosexuellen-Bewegung in Brand. Flaggen des historischen "Erzfeindes" Russland gehen ebenfalls in Flammen auf::

Der 11. November erinnert in Polen an die Republikgründung nach dem Ersten Weltkrieg. Traditionell locken Umzüge von Veteranen, fröhliche Feiern und das politische Gedenken Zehntausende Menschen an. Innerhalb weniger Jahre jedoch haben nationalistische Gruppen „den Unabhängigkeitstag annektiert“, wie die (liberale) Zeitung „Gazeta Wyborcza“ schon im Vorfeld der Krawalle vom Montag schrieb. Noch 2010 waren nur wenige Tausend Rechte aufmarschiert, 2012 bereits 20.000. Am Montag waren es nach Schätzungen zwischen 50.000 und 100.000 Marschierer.

Allein die Zahlen machen einen beunruhigenden Trend in Polen sichtbar. Am Ende des Krawallmarsches vor einem Jahr hatten mehrere rechtsextreme Gruppen die „Nationale Bewegung“ (RN) als Sammelbecken für alle „wahren Polen“ ins Leben gerufen. Zum RN gehören in vorderster Front die Allpolnische Jugend (MW) und das Nationalradikale Lager (ONR). Abseits hielt sich bislang die Nationale Wiedergeburt Polens (NOP), die sich aber am Montag dem Marsch anschloss.

"Es besteht kein Zweifel, dass die Wirkung nationalistischer Ideen weit mehr als ein Randphänomen des politischen Spektrums ist", erklärt der Warschauer Soziologe Rafal Pankowski mit Blick auf die extreme Rechte. Damit aber wird der RN zu einer Herausforderung für die nationalkonservative Partei PIS von Jaroslaw Kaczynski. Diese deckt bislang im Parlament nahezu das gesamte rechte Spektrum ab – und so solle es auch bleiben, hatte Kaczynski mehrfach betont.

Nazis intra portas

Fast niemand im Westen, auch nicht die FR, hat bemerkt, dass Nazis schon in den Sejm gelangten. Wie denn das? Auf der Liste von KUKIZ, der uns seit Monaten vor allem als "protestierender Rocksänger" präsentiert wurde, um junge Wähler bemüht. Seine Liste erhielt gar 42 Mandate, während zwei mitunter erfolgreiche Parteien aus dem Sejm gehen mussten. // In der vielgesichtigen Kukiz-Fraktion sitzen **neun Exponenten der NPO** mit ihrem Star Robert Winnicki. NOP

verachtet die polnischen Demokraten von 1988 mitsamt dem "Runden Tisch".

ContraSalon wird weiter berichten.

Weiter weg als Brüssel: Die EVP wurde zum Stiefkind der CDU/CSU Neue Parteimitglieder kennen sie selten, alte bekommen keine Infos mehr über die EVP



EVP-Präsident Joseph Daul (F) (rechts) mit EVP-Vizepräsident Jacek Sariusz-Wolski (PL)

1976 war es endlich so weit. Die EG-Europäer sollten das Europäische Parlament selbst wählen dürfen! 1979 fand die Wahl tatsächlich statt. // Europas Christdemokraten hatten *damals* gut vorgesorgt. Vor allem durch Initiativen aus ihrer Straßburger Parlamentsfraktion kam es zur Gründung der EVP. Beteiligt waren **nur Christdemokraten** aus den sechs Gründerstaaten. Ein Zugehen auf Konservative (vor allem die damalige britisch/dänische Fraktion) lehnte eine große Mehrheit ab, und so blieb es noch sehr lang. Schließlich kamen Konservative, **doch 1909 gingen sie wieder**.

Die EVP war von Anfang an echte Partei, keine Ab-und-zu-Konferenz. Sie erhielt Statut + Parteiorgane, gestaffelte Führung und

eine breite Delegiertenbasis. Mehr noch, die EVP erhob, nicht immer zum Vergnügen von Mitgliedsparteien, Anspruch auf ein gemeinsames europäisches Parteiprogramm und kämpfte für eine starke EP-Fraktion. Später entstanden weitere EVP-Fraktionen auf u.a. den Ebenen Europarat und Nato.

Erster Präsident der EVP wurde der Flame Leo Tindemans, ein überzeugter Föderalist. Ihm folgte später Wilfried Martens, belgischer Ex-Premier. Nach Martens wurde die heutige EVP-Parteistiftung benannt, die mit 8 Mio. Euro p.a. aus dem EU-Etat gefördert wird. Besonders dadurch wird der Riesenfortschritt deutlich, den die EVP machte: **Transeuropäische Parteien, u.a. EVP und SPE (Sozialdemokraten) wurden fest in den europäischen Verträgen verankert!** Die Medien nahmen davon praktisch nie Kenntnis und quasseln weiter von "Parteiführertreffen".

Die Lage hat sich 2014 leicht gebessert, weil es einen Martin Schulz gab.

Denn Schulz hatte als Fraktionschef der SPE im Europäischen Parlament das gute Ziel, die Wahl künftiger Präsidenten der EU-Kommission **an die Europawahl zu binden: "Direktkandidaten" statt Nur-Kandidaten des Rats** (der Regierungen). Was unsere "Öffentlichkeit" leider erst spät erfuhr: Die EVP hatte **auf diversen Kongressen längst das gleiche Verfahren** gefordert, unterstützt von ihrer Fraktion. Von 2014 an reagierten die deutschen Medien - **alle falsch**. Sie "wußten" nur, dass Merkel ihren EVP-Kollegen Juncker nicht mochte - und "überhaupt keine Spitzenkandidaten". Doch tatsächlich wurde Juncker im Frühling 2014 auf dem EVP-Kongress in Dublin von den Delegierten (darunter Merkel) als Spitzenkandidat aufgestellt, sein Mitkandidat Michel Barnier (F) verlor.

Dank der allbekannt 70% Linken in deutschen Massenmedien ist nun Schulz ab 2014 ständig präsent, führte auch den europaweiten SPE-Wahlkampf 2015. CDU/CSU taten fast nichts, um EVP-Kandidat Juncker zu helfen, Ausnahme Junge Union. Das Resultat ist bekannt: Der Rat schluckte die Wählermehrheit für Juncker und die dazu logische Abstimmung im Europäischen Parlament.

In der zweiten Hälfte der Wahlperiode mußte gemäß *großer Koalition* in Straßburg ein Christdemokrat Präsident werden. Bis jetzt hat die EVP aber keinen. Mancher ist sogar für "weiter mit Schulz".

Ist das noch die EVP der Kohl-Strauß-Zeit? Die EVP, die sich 1992 in Athen ihr erstes Aktionsprogramm gab - unter Leitung von Valéry Giscard d'Estaing, Ex-Staatspräsident und zeitweise EVP-Europaabgeordneter!

Nein, es ist leider (für Deutschland) eine EVP geworden, die im Dezember 2009 in Bonn einen Kongress abhielt, an dem zahlreiche Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Von diesem Kongress berichteten weder Bonner noch die meisten NRW-Zeitungen. Mein polnischer Freund Donald Tusk wurde damals von mir dem ZDF für ein Interview angeboten. Ablehnung: "Den kennt doch keiner". Nach 2009 wurde nix besser. // EVP-Kongresse haben bis zu 3000 Teilnehmer aus der ganzen Welt. So war es auch in Madrid. Berichtet wurde aber in der ARD, dass vor allem der "umstrittene Orban redete". Das beschlossene EVP-Programm zur



2009 EVP-Kongress Bonn. Kaum Echo in Deutschland, kaum deutsche Medien

Flüchtlingskrise kam nicht vor.

"Konservative"? Richtig ist, dass in der EVP einige konservative Parteien sind, **weit mehr als in der EVP-Fraktion!** In der EVP-Fraktion (Chef: Manfred Weber, EVP/CSU) sitzen wenige Konservative. Zweimal in ihrer Geschichte hat es die EVP-Fraktion mit großer Mehrheit abgelehnt, den Begriff "konservativ" in ihren Namen aufzunehmen. Britische, tschechische und andere Konservative haben die EVP-Fraktion konsequent wieder verlassen. **Ihre neue "ECR"-Fraktion trägt als einzige im Hause den Namen KONSERVATIV. Obschon dies seit 2014 Fakt ist, verwechseln die deutschen Medien die politischen Begriffe oder sind unfähig, den Sachstand zu begreifen.** Am schlimmsten bleibt freilich, dass CDU und CSU ihre Mitglieder nicht regelmäßig und umfassend zur EVP informieren, was sie noch in der Ära Kohl bescheiden taten - immerhin.

EVP-Daten

EVP-Mitglieder: 78 Parteien in 40 Ländern. // 213 Sitze von 751 des Europäischen Parlaments = 44 weniger gegenüber der Europawahl 2009. / 14 von 28 Kommissaran incl. Präsident Juncker. Hinzu kommt Ratspräsident Donald Tusk.

+ Noch 2014 stellte die EVP den Premier in zehn von 28 EU-Regierungen: Deutschland, Irland, Lettland, Polen, Portugal, Spanien, Ungarn, Bulgarien, Zypern, Rumänien. Da hatte sie bereits Finnland, Belgien, die Niederlande, Italien, Estland, Griechenland und Malta verloren. Inzwischen verlor die EVP auch noch Polen und Portugal, nur Kroatien gewann sie im Nov. hinzu.



Donald Tusk

+ Die EVP-Spitze hat zehn Vizepräsidenten. Außer dem Deutschen David McAllister sind dies Johannes Hahn (ÖVP/A), Jyrki Katainen (Kokoomos/SF), Antonio Tajani (Forza Italia/I), Marian Thyssen (CD&V/B), Jacek Saryusz-Wolski (PO/PL), Kinga Gal (Fidesz/H), Dara Murphy (Fine Gael/IRL), Paulo Rangel (PSD/P), Corien Wortmann-Kool (CDA/NL).

Auch Indien hält Greenpeace für zunehmend polit-kriminell

Zweitgrößtes Land der Erde seit 1975 Ziel missionarischer Radikalpädagogen

Die Regierung in New Delhi hat Anfang November die Zulassung für die Nicht-Nur-Umwelt-Organisation aufgehoben. Haben Sie darüber etwas in den Medien gehört? Nein? Nach der Enthüllung der russischen Finanzunterstützung für Greenpeace und deren befreundete Politiker in den USA und Großbritannien meldete sich die indische Spionageabwehr. "Bösartig", so urteilte sie, sei die Fälschung von Spendenunterlagen der Stiftung. Vor allem aber behindere diese den wirtschaftlichen Ausbau des Landes durch ihr Kampagnen gegen parlamentarisch beschlossene Kernkraftwerke oder "GenFood". Fast noch schlimmer sei die "Hetze" von Greenpeace gegen befreundete und in Indien wirkende Helfer-Kreise aus den USA, UK, Deutschland und Holland. Unerträglich seien auch zunehmend förmliche Feldzüge gegen die Verbrennung von Kohle. Ferner mache Ärger die Polemik gegen das südkoreanisch-indische Stahlwerk POSCO sowie gegen Wasserprojekte an der Grenze zu China.

Greenpeace erklärte, nicht ordentlich angehört worden zu sein und will vor Gericht ziehen. Aus der Regierung heißt es, man habe Greenpeace 1975 nach Vereinsrecht zugelassen und sei die immer weiter wachsende Militanz der Organisation längst satt. Über russische Finanzhilfen wurde dagegen nichts bekannt. Sie gelten als recht unwahrscheinlich, denn die indisch-russische Zusammenarbeit für Kernkraftwerke wurde 2014 weiter vertieft.

Vorwärts in die Vergangenheit?

(Einer meiner Texte ein paar Jahre nach der Wende)

(Auszüge aus einem Artikel in der SOZIALEN ORDNUNG)

Jerzy Holzer, Warschauer Professor, Historiker der „Solidarność“ und Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Gesellschaft (inzwischen leider tot), hat den Ausbruch von neuem Nationalismus in seinem Teil Europas nach 1988 mit dem Abschalten einer Tiefkühltruhe verglichen. Allerlei historische und gesellschaftliche Konflikte, darunter ethnische, seien

von den Kommunisten tiefgekühlt worden, weil sie der Entfaltung ihres umfassenden Herrschaftsapparates im Wege standen. Als die „Solidarność“ in Polen und die Volksbewegungen in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die marode KP-Herrschaft brachen, begann ein gefährliches Tauwetter. Auf einmal ging es nicht mehr nur um Meinungsfreiheit und demokratischen Pluralismus, sondern um die Wiedererrichtung unterdrückter Staaten (Baltikum) oder die Infragestellung von Kunststaaten, die nach 1918 entstanden (CSFR, Jugoslawien).

Welche Einfalt, die Kühltruhe nur im Osten entdecken zu wollen! Auch die Deutschen stürzen sich munter in die Vergangenheit, jedenfalls viele Mitglieder der politischen Klasse. An der Spitze marschieren die restlichen Konservativen, glauben sie doch, über vierzig Jahre zu kurz gekommen zu sein. Ihre Aufschreie: Ende der Identitätsneurose! Wieder den aufrechten Gang gehen! Dem neuen Deutschland die ihm zukommende größere Rolle erkämpfen!

Wer, wie der Verfasser, 1950 mit 16 Jahren zur Europäischen Bewegung stieß und wenig später zur rheinischen CDU, glaubt zu träumen. Hatte denn Konrad Adenauer einen gebeugten Rücken im Kampf mit der Besatzungsmacht? War das Bekenntnis zum vereinten Europa nicht die Konsequenz aus hundert Jahren innereuropäischem Bürgerkrieg mit Deutschland in einer Hauptrolle? War die West-Republik nicht Nutznießer Nummer eins der EG geworden? Wer hatte denn durch die Stärke der Deutschen Mark Neurosen bekommen? Doch die anderen.

Wie auch immer, die Deutschnationalen sind auf die Bühne zurückgekehrt, nicht zahlreich, aber laut wie früher. Sie erfreuen sich der Zuarbeit von Nationalfeuilletonisten großer Zeitungen. Auf dem Buchmarkt sind jährlich mehr Werke erfolgreich, die das Holocaust-Regime relativieren. .

Viele sehr alte Männer schwiegen nach 1945. Andere, die mit den Parolen der versunkenen Zeiten vertraut waren, gebrauchten sie lange Jahre nicht. Wir ließen sie gewähren, integrierten sie doch den Treibsand des Dritten Reichs, und sei es auch, wie die frühe FDP in Nordrhein Westfalen, mit schwarz-weiß-roten Plakaten, Reichsadlern und weißgewaschenen NS-Kadern. Heute reden wiederum alte Männer vom "gebeugten Gang", den wir nicht mehr nötig hätten. Und sie haben auch neue Haßobjekte.

Es gibt ehrenwerte Bürger, darunter Helmut Kohl, die dies alles „Auswüchse“ nennen. Doch auf die Ehrung Friedrichs II. wollten er und sie nicht verzichten. Sie hatten eine scheinbar handliche Formel: Man müsse sich der „ganzen“ Geschichte stellen, und da gehöre nun mal der alte Fritz dazu. Gewiß doch! Aber muß man eine Familie, die hohenzollernsche, zu Freunden haben deren Chef, assistiert von seinen Prinzen, bis zum Tode erklärte, er verzichte nicht auf den Thronanspruch?

Fatale Koinzidenz: Am 26. August 1991, also genau im Monat der Friedrich-Feste, lag der Tag 70 Jahre zurück, an dem Matthias Erzberger ermordet wurde, von bürgerlichen Rechtsradikalen. Warum zog nicht auch am Grabe Erzbergers, der „Judensau“, eine Ehrenwache der Bundeswehr auf? War es kein Verdienst, katholischer Demokrat und jener Politiker gewesen zu sein, der sich gequält hatte, den Diktatfrieden von Versailles erträglicher zu machen?

Kein Naziführer oder fast keiner hat 1933 Scheiben eingeworfen, politische Gegner verprügelt, Juden angespuckt. Das konnten sie sich schon deshalb nicht leisten, weil sie nach der Unterstützung der bürgerlichen Eliten schielten. Man hatte fürs Pöbeln seine Leute. Das Tagebuch des Agitprop-Genies Josef Goebbels zeigt es am brutalsten.

Wie Rechtsradikalismus entsteht, sehen wir jetzt: durch soziale Konflikte, Informationsmängel, unterbesetzte Polizei, opportunistische demokratische Politiker, Dummheit und die überdrehten Reaktionen der Linken auf jedes Hakenkreuzgekritzeln und jedes Skinhead-Grölen. Die Ex-DDR ist dafür ebenso Beweis wie die einschlägige Szene im Westen. Wer in dieser Situation zurücktaucht in die unselige deutsche Vergangenheit, zieht im braunen Haus, wider Willen, eine zweite Zwischendecke ein: Zur unstrukturierten Schicht

des ausländerfeindlichen Pöbels kommt die Rehabilitierung der Stammtische. Theorie-Lieferanten für die dritte Dimension bieten sich erst schriftlich an. Immerhin!

Die Sache wirkt. Nie war Kanzler Kohl – auch in der eigenen Partei – bei seiner richtigen und konsequenten Europapolitik einsamer. Deutschlands rechte Kräfte wissen: Jetzt, vor der Weichenstellung zur Währungsunion und zur Politischen Union, haben sie die letzte reale Chance, Europa als Ausgeburt antinationaler Strategen zu denunzieren. Es ist kein Zufall, daß die Deutschnationalen Margaret Thatcher in den Himmel heben.

Nicht Deutschland allein hat am postkommunistischen Auftau-Effekt Anteil, viele EG-Staaten zeigen Wirkung. Denn mit der Erkenntnis, dass der Sozialismus offenkundig kein Elend wendet und die westlichen Systeme obsiegten, kommen nun immer mehr Arme auf die EG-Grenzen zu. Dort allein sehen sie die Rettung. Die Folge: Politisches Asyl, Wirtschaftsflucht oder schlicht Einwanderungsbegehren bilden ein Knäuel, das für jede Polemik gut ist. Ängste steigen bis in die oberen Ränge der politischen Klasse hoch. Extreme schaukeln sich hoch.

In Frankreich ist der alte Le Pen mit seiner „Nationalen Front“ stark genug geworden, um die Parteien rechts der Mitte zu spalten. Gaullisten haben, nicht unerwartet, als erste die Nerven verloren. In Schweden, Österreich und Holland haben sich schiefe Schlachtordnungen gebildet: Die Mitte rückt nach rechts, weil am rechten Rand hemmunglos agitiert wird. Gottlob stehen nicht überall so blonde, so telegene und so subtil aufwiegende Typen wie Herr Haider (inzwischen tot) in Österreich zur Verfügung.

Zu Pessimismus besteht dennoch kein Anlaß. Noch haben die demokratischen Kräfte das Sagen. Aber sie denken zu wenig nach und lassen sich von Medien-Linken an die Seite der PDS oder der Sozialisten manipulieren, denen die Munition gegen Liberale und Christdemokraten ausgegangen war. Denn was anderes ist die unverantwortliche Kennzeichnung aller Rowdies zwischen Elbe und Oder als "Hitlerjungen neuen Typs"?

Die Rechtsaußen, die an einfache Lösungen Glaubenden, kommen aus allen politischen Schichten. Was sie brauchen, ist die Erfahrung, mit faulen Sprüchen und Unmenschlichkeit nicht weit kommen zu können, ist das Zeugnis lebendiger Demokratie. Auch via Leserbriefseiten in nationalbetonten Zeitungen; dort sind die Nostalgiker viel zu oft unter sich.

In der CDU wären innerparteilich notwendig: **Erstens muss die jetzt fast täglich verdächtige Politik für die Vereinigten Staaten von Europa mit viel größerer Energie betrieben werden. Es genügt nicht, wenn Helmut Kohl sie zur Chefsache erklärt**, alle Funktionsträger hätten die gleiche Pflicht. Doch zu viele mauern!

Zweitens muss die Generation der "Sechzig-Plus" noch einmal ausrücken und ihren Ruhestand aufschieben. Sie hat die Pflicht, den Jungen in der Partei zu sagen, was wirklich war und was in diesem Land tatsächlich geschah. Daß es keine „Identitätskrise“ gab außer bei den Gestrigen. Dass es keine krummen Rücken gab, außer bei denen, die uns nicht mehr in die Augen sehen konnten. Daß wir unser Ansehen der Haltung von Politikern wie Adenauer verdanken, die damit aufhörten, anderen in Europa Lehren zu erteilen.

Der Spötter Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799) sollte wenigstens in der Union keinen Anlaß für seinen Spruch finden: „Der Fortschritt ist besonders bemerkenswert, wenn er rückwärts fortschreitet.“

Wer gern den vollständigen Text (doppelte Seitenzahl) hätte, bitte per e-mail anfordern. JW

Arbeit von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt u.a. meine Kosten

bitte bei der Volksbank in 53343 Wachtberg zahlen:

IBAN = DE 1537069805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I